

Sachsen wählt

Die Eckpunkte des DGB-Bezirks Sachsen zur Landtagswahl 2014 und die Position der demokratischen Landtagsparteien - Synopse

Information des DGB Bezirk Sachsen

Einleitung	1
1. Sachsen soll Vorreiter werden beim Aufbau einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft	4
2. Neue Ausrichtung der Wirtschaftsförderung	7
3. Nachhaltige Energie- und Klimapolitik	10
4. Innovationskraft der sächsischen Wirtschaft stärken	14
5. Regionale Wertschöpfung verbessern	16
6. Veränderung der sächsischen Betriebslandschaft	17
7. Für eine neue Ordnung der Arbeit	18
8. Fachkräfte	24
9. Zuwanderung ist nötig	25
10. Bildung und Wissenschaft	28
11. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung	34
12. Demografischer Wandel	36
13. Demokratie und Transparenz	37
14. Sozialer Dialog	42
15. Moderner öffentlicher Dienst	43
16. Handlungsfähiger Staat	47
17. Handlungsfähige Kommunen	50
18. Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur	51
19. Nachhaltige Entwicklung ganz Sachsens	53
20. Dreiländereck Sachsen, Polen, Tschechien gemeinsam gestalten	55

Einleitung

Sachsen hat in den letzten 20 Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Die Gewerkschaften haben mit ihren Tarifverträgen erheblich dazu beigetragen. Die Freude über das Erreichte darf aber nicht dazu führen, dass wir die Schattenseiten nicht mehr wahrnehmen. Die Annäherung Sachsens an die westdeutschen Länder hat sich verlangsamt, trotz

aller Anstrengungen der Gewerkschaften sinkt die Tarifbindung, sind die Löhne zu niedrig, gibt es zu viel unfreiwillige Teilzeit.

Wie sieht die Antwort der Parteien aus? Die beiden bisherigen Regierungsparteien, CDU und FDP, beschreiben die Situation im Wesentlichen so: Die Abwanderung ist gestoppt. Zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik herrscht in Sachsen Gleichgewicht. Wir haben eine starke Wirtschaft und attraktive Arbeitsplätze. Sachsen ist Pisa-Siegerland und soll sich auch weiterhin mit den Besten der Welt messen. Wir haben eine blühende Wirtschaft und eine gesunde Umwelt. Sachsen ist ein Land voller Möglichkeiten und auf einem einzigartigen Erfolgsweg. Diese Zustandsbeschreibung verdrängt viel. Dass die Arbeitslosigkeit auf einem Tiefstand ist, hat mehr mit dem demografischen Wandel zu tun, als mit der Wirtschaftspolitik der Staatsregierung. Die Arbeitslosigkeit geht nicht deswegen zurück, weil so viele neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind, sondern weil ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind. Die Abwanderung sächsischer Arbeitnehmer in die alten Bundesländer ist keineswegs gestoppt. Im ersten Halbjahr 2013 hat Sachsen rund 1.400 Personen an die alten Bundesländer verloren.

Trotzdem dominiert das „Weiter so“, nur hin und wieder gibt es kritische Töne im Entwurf des Regierungsprogramms der CDU. So wird eingeräumt, „dass eine selbstverständliche und selbständige Teilnahme von Menschen mit Behinderungen nicht überall gesichert ist“.¹ Deutlicher wird die Union im Kapitel über die Gleichstellung von Frauen und Männern: „Die bestehende Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen ist inakzeptabel“² und im Kapitel für einen wirksamen Umweltschutz: „Jeder sechste Bürger leidet in Deutschland unter Lärm.“³ An vielen Stellen muss man Kritik eher zwischen den Zeilen lesen. Wenn die sächsische Union in ihrem Regierungsprogramm bekennt: „Die sächsischen Verkehrsnetze wollen wir besser mit den transeuropäischen Netzen verbinden“,⁴ dann heißt das wohl, dass hier einiges im Argen liegt.

Für die Oppositionsparteien verläuft die Entwicklung widersprüchlich. Innenstädte, Dörfer und Kulturdenkmale wurden saniert, Straße gebauten, Unternehmen siedelten sich an, mit diesen kamen neue Arbeitsplätze. Andererseits belegt Sachsen bei der Höhe der Löhne hintere Plätze, ist Negativrekordhalter bei den Schulabbrecherzahlen, Kinderarmut ist erschreckend und Altersarmut nimmt zu. Sachsen ist von einer sich selbst tragenden Entwicklung weit entfernt. Von der Binnenmarktentwicklung abhängige Wirtschaftsbereiche stagnieren, der Arbeitsmarkt ist gespalten. Außerdem ist eine zunehmende Differenzierung zwischen den Regionen festzustellen.

Der DGB Bezirk Sachsen hat rechtzeitig vor den Landtagswahlen am 31. August 2014 seine Anforderungen an die sächsische Politik in 21 Eckpunkten formuliert und den Parteien vor Verabschiedung ihrer Wahlprogramme zur Verfügung gestellt: „Sachsen wählt. Eckpunkte des DGB-Bezirks Sachsen zur Landtagswahl 2014. Anforderungen an die sächsische Politik.“

In dieser Synopse haben wir die Eckpunkte des DGB mit den Wahlprogrammen bzw. Programmentwürfen der im Sächsischen Landtag vertretenen demokratischen Parteien verglichen. Die Synopse informiert Punkt für Punkt darüber, wie sich die Parteien zu den Anforderungen des DGB stellen. Die Stichpunkte sind nicht immer direkte Zitate aus den Wahlprogrammen der Parteien. Manchmal haben wir mehrere Sätze zusammengefasst. Die Synopse gibt

aber die jeweilige Position der Parteien getreu zu deren Wahlprogramm wieder. Folgende Programme haben wir her- angezogen;

CDU: Mit Mut. Mit Weitsicht. Miteinander. Unser Regierungsprogramm 2014-2019.

FDP: Sachsen Programm 2020. Freiheit, Fortschritt, Leidenschaft. Wahlprogramm zur Landtagswahl am 1. August 2014¹.

Bündnis 90/Die Grünen: Sachsens Chancen nutzen. Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen. Programm zur Landtagswahl am 31. August 2014.

Die Linke: Wahlprogramm der LINKEN. Sachsen für die Landtagswahl 2014.

SPD: Unser Sachsen für Morgen. Regierungsprogramm der SPD Sachsen 2014-2019.

Das Regierungsprogramm der SPD ist vom Landesparteitag schon verabschiedet worden, ein definitiver Text liegt noch nicht vor. Nach Auskunft der Landesgeschäftsstelle sind keine wesentlichen Änderungen zu erwarten. Sobald der definitive Text des SPD-Regierungsprogramms vorliegt, wird die vorliegende Synopse auf den neuesten Stand gebracht.

¹ CDU. Regierungsprogramm 2014-2019, S. 76, Zeile 2605-06.

1. Sachsen soll Vorreiter werden beim Aufbau einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
<p>Sachsen ist ein Land mit starker industrieller Basis. Sicherung und Ausbau industrieller Kerne ist das oberste Ziel sächsischer Industriepolitik. Sachsen soll Vorreiter werden beim Aufbau einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Marktwirtschaft</p>	<p>Sachsen soll ein starkes Industrieland bleiben. Etablierte Branchen, wie die Mikroelektronik, der Maschinen- und Anlagenbau, die Automobilindustrie, Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie werden gestärkt. Wachstumsmärkte wie die Gesundheitswirtschaft, die Biotechnologie, die Logistikbranche oder die Umwelttechnologie werden ausgebaut.</p>	<p>Klares Bekenntnis zur Industrie und zum weiteren Ausbau der industriellen Basis. Der Freistaat Sachsen soll deutsches Kompetenzzentrum des „Internets der Dinge“ (Industrie 4.0) im Bereich Software und Mikroelektronik werden.</p>	<p>Auf die vom Erdöl abhängigen Industrien kommen erhebliche Herausforderungen zu. Auch sächsische Unternehmen sind von dieser Entwicklung betroffen, wenn wir nicht umsteuern – so etwa die Automobilbranche, die chemische Industrie oder der Maschinen- und Anlagenbau</p>	<p>Durch seine (alt-)industriellen Traditionen ist Sachsen für einen Entwicklungspfad zu nachhaltigem Wirtschaften und arbeiten teilweise besser aufgestellt. Deutlich stärkere Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit in Sachsen ansässigen Unternehmen bildet einen Schlüssel für eine zukunftsfähige Industriepolitik Förderung von Verbundinitiativen und von Clusterbildung in der Industrie.</p>	<p>Die SPD möchte den Freistaat als Industriestandort erhalten und gleichzeitig attraktiver machen. Kern sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik wird eine moderne ökologische Industriepolitik und die Stärkung der heimischen Industrie sein, sowie die Modernisierung der Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Produktion und Entwicklung</p>

<p>Energie- und Ressourceneffizienz sind der Schlüssel für Erneuerung der sächsischen Wirtschaft.</p>	<p>Ressourceneffiziente Produktionstechnik ist der Megatrend unserer Zeit In diesem Bereich ist der sächsische Maschinen- und Anlagenbau Spitze. Bürger und Firmen dabei unterstützen, Energie effizient einzusetzen, Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz schaffen</p>	<p>Wir setzen auf Energieeinsparung und Effizienzsteigerung bei der Energienutzung. Wir führen den Gewerbeenergiepass für Unternehmen fort.</p>	<p>Die Förderung von Material- und Ressourceneffizienz steigert auch die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik des Freistaates muss Unternehmen dabei unterstützen, die Auswirkungen weiterer Ölpreiserhöhungen auf ihre Geschäftsmodelle zu überprüfen. Bei steigenden Rohstoffpreisen lohnen sich frühzeitige Investitionen. Wir wollen die dafür notwendigen Innovationen ermöglichen.</p>	<p>Die immer sichtbarer werdende Ressourcenknappheit erfordert Strategien zum Umgang mit Rohstoffen und Energien. Technologieförderung und komplexe Modelle zur Energiewende voranbringen. Durch die Fokussierung auf gesellschaftlich sinnvolle und ressourceneffiziente Produktion und Dienstleistungen den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaftsweise beschleunigen.</p>	<p>Energie- und Ressourceneffizienz müssen zum bestimmenden sächsischen Markenkern werden. Das heißt: Unterstützung bei der Herstellung von umweltschonenden Produkten, Produktionsweisen und Dienstleistungen und die gezielte Nachfrageförderung durch Initiativen der öffentlichen Hand. Dabei setzen wir vor allem auf Effizienztechnologien, erneuerbare Energien und die Stärkung der sächsischen Energieforschung</p>
---	--	---	---	---	--

<p>Umwelt- und Energietechnologien sind die Leitmärkte der Zukunft</p>	<p>Wachstumsmärkte wie die Umwelttechnologie werden ausgebaut. Wir wollen das GreenTechCluster weiter stärken und die Branche auch fit für neue Märkte im In- und Ausland machen. Den Umwelttechnikstandort Sachsen werden wir weiter voranbringen, indem wir Forschung und Entwicklung in diesem Bereich unterstützen</p>	<p>Die Umwelttechnikbranche ist heute ein weltweiter Wachstumsmarkt. Wir setzen daher in Sachsen als traditionellem Technik- und Ingenieursland auf moderne Umwelttechnologien.</p>	<p>Klimaschutz eröffnet weltweite Marktchancen für unsere Wirtschaft und schafft zukunftssichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze Das Land hat das wissenschaftliche und technische Potenzial für innovative Produkte, energieeffiziente und umweltfreundliche Produktionsweisen.</p>	<p>Die Technologiepolitik wird auf sozial-ökologische Innovationen sowie auf effiziente und ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ausgerichtet.</p>	<p>Im Mittelpunkt unserer ökologischen Industriepolitik steht die Modernisierung der Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Produktion und Entwicklung. Wir setzen dabei auf eine gezielte Förderung und Ansiedlung in den Leit- und Wachstumsmärkten der Zukunft und auf eine bessere Kooperation der sächsischen Unternehmen in Branchennetzwerken und Clustern.</p>
--	--	---	---	---	--

2. Neue Ausrichtung der Wirtschaftsförderung

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Investitionen in die regionale Wirtschaftsstruktur mit Energie- und Ressourceneffizienz als Schlüsselbegriffen	Keine direkte Aussage, aber: Die Förderprogramme zur energetischen Sanierung und zur Energieeffizienz in Unternehmen sind ein wichtiger Beitrag zu einer Energiewende mit Augenmaß	Keine direkte Aussage, sondern: Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und unternehmensbezogener Technologieförderung im Wirtschaftsministerium	Förder- und Kreditprogramme sollen grundsätzlich an Kriterien der Rohstoff- und Energieeffizienz gebunden werden. Programm für günstige Investitionskredite für Energiesparmaßnahmen in mittelständischen Unternehmen. Forschung zur Energieeffizienz und Umsetzung fördern. Landesplan zur Ressourcen- und Energieeffizienz	Durch Fokussierung auf ressourceneffiziente Produktion und Dienstleistungen den sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft beschleunigen. Spezielles Programm der sächsischen Aufbaubank für Investitionen in energieeffiziente Maschinen. Nicht-ökologische Produkte und Dienstleistungen werden schrittweise von der Wirtschaftsförderung ausgenommen	Energie- und Ressourceneffizienz müssen zum bestimmenden sächsischen Markenkern werden. Investitionsförderung sollte vorrangig den Aus- und Aufbau von betrieblichen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten unterstützen.

<p>Gute Arbeit muss zum Leitbild der Innovationspolitik werden</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Grüne Wirtschaftspolitik macht UnternehmerInnen stark, die sozial und ökologisch nachträglich handeln</p>	<p>Mit der bisherigen Billig-Ist-Besser-Devise der Staatsregierung wird gebrochen. Öffentliche Fördermittel werden an Tarife und Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden. Nur Unternehmen mit einem Anteil von weniger als 10 % Beschäftigten in Leiharbeitsverhältnissen an der Belegschaft können Investitionsförderungen im vollen Umfang erhalten. Bei einer Quote von mehr als 30 % entfällt die Förderung komplett.</p>	<p>Wir werden die Fördermittelvergabe stärker an Kriterien der fairen Arbeit (Tarifbindung, Anteil der Leiharbeit) ausrichten</p>
<p>Modernes Vergabegesetz, welches Lohn- Sozial- und Umweltdumping verhindert, öff. Aufträge nur an tariftreue Unternehmen</p>	<p>Das sächsische Vergaberecht stellt sicher, dass öffentliche Auftraggeber dem Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot den Zuschlag erteilen können.</p>	<p>Neues sächsisches Vergabegesetz mit schlanken und transparenten Regelungen ohne vergabefremde Kriterien</p>	<p>Wir wollen ein Vergabegesetz einführen, das Umwelt- und Sozialstandards konsequent anwendet und Vergabe von öffentlichen Aufträgen von der Tariftreue der Unternehmen abhängig machen</p>	<p>Öffentliche Aufträge sollen nur an solche Anbieterinnen und Anbieter vergeben werden dürfen, die Sozial- und Umweltstandards – einhalten und Tariftreue respektieren.</p>	<p>Sachsen braucht ein modernes Vergabegesetz. Öffentliche Aufträge müssen sich an sozialen und ökologischen Standards ausrichten und zukünftig nur noch an tariftreue Unternehmen vergeben werden dürfen</p>

Einrichtung einer „Zukunftsentur Arbeit“	nicht erwähnt	nicht erwähnt	nicht erwähnt	nicht erwähnt	nicht erwähnt
--	---------------	---------------	---------------	---------------	---------------

3. Nachhaltige Energie- und Klimapolitik

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Ausbau erneuerbarer Energien, Schaffung eines verlässlichen Ordnungs- und Regulierungsrahmens für die Energiewende	Der Ausbau erneuerbarer Energien muss bedarfsgerecht erfolgen. Für die sächsische Union ist die Absenkung der Ausbauziele im Freistaat ein Schritt in die richtige Richtung	Der weitere Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien muss auf den realen Energiebedarf Rücksicht nehmen.	Wir setzen uns für einen klaren gesetzlichen Rahmen ein. Energieversorgung in Sachsen vollständig auf erneuerbare Energien im Strom-, Wärme- und Kraftstoffbereich umstellen Stromversorgung bis 2030 völlig auf erneuerbare Energien umstellen	Der Übergang von der fossilen, von Braunkohle dominierten sächsischen Energiewirtschaft hin zu einer auf erneuerbaren Energien und dezentralen KraftWärme- Kopp-lungsanlage basierten Energiewirtschaft soll beschleunigt werden. Ehrgeizige Ausbauziele für erneuerbare Energien setzen.	Unser Ziel ist die Umstellung der Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050. Wir wollen, dass bereits bis 2030 die Hälfte der gesamten sächsischen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien gedeckt wird. Masterplan Energieforschung und Speichertechnologie soll die bestehenden Forschungen bündeln, ein Förderprogramm Pilotprojekte unterstützen.
Sozial verträglicher Basistarif für die Grundversorgung	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung	Wir setzen uns dafür ein, dass für alle Menschen in Sachsen das energetische Existenzminimum gewährleistet wird. Niemand soll in Sachsen frieren müssen oder von der	Einkommensbenachteiligten Haushalten müssen die erforderlichen Hilfen und Beratungen gegeben werden	Keine Erwähnung

			Stromversorgung abgeklemmt werden.		
--	--	--	------------------------------------	--	--

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Energiemix, der erneuerbare Energien und die heimische Braunkohle umfasst	Wir setzen auf die energetische Nutzung der Braunkohle. Sie sichert die Grundlast. Bedarfsgerechter Ausbau erneuerbarer Energien.	Wir setzen auf einen breiten Energiemix unter Einbeziehung der heimischen Braunkohle als grundlastfähigem Energieträger.	Die erneuerbaren Energien stellen wir in den Mittelpunkt des Energiemixes. Flexible, hocheffiziente Gaskraftwerke ergänzen die Energie aus Sonne und Wind und bilden eine Brücke in die Zukunft Unser Ziel ist die Beendigung der Energiegewinnung aus Braunkohle. Wir wollen die Laufzeiten der vorhandenen Kohlekraftwerke bis spätestens 2030 begrenzen und alle direkten und indirekten Sub-	Der Übergang von der fossilen, von Braunkohle dominierten sächsischen Energiewirtschaft hin zu einer auf erneuerbaren Energien und dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen basierten Energiewirtschaft soll beschleunigt werden Schrittweises Ausstiegsszenario aus der Braunkohle bis 2040.	In dem Maße wie der Ausbau der erneuerbaren Energien voranschreitet, wird der Einsatz der Braunkohle als Energieträger zur Stromerzeugung mehr und mehr reduziert werden. Die Braunkohlenutzung steht daher in den nächsten Jahren vor einem grundlegenden Wandel. Diesen Strukturwandel wollen wir aktiv fördern und sozial verträglich gestalten.

			ventionen für die Braunkohle- industrie schnellstmöglich ab- schaffen		
--	--	--	---	--	--

Neues energetisches Gebäudesanierungsprogramm	Die Förderprogramme zur energetischen Sanierung sind ein wichtiger Beitrag zu einer Energiewende mit Augenmaß	Neben dem Stromsektor sehen wir im Wärmemarkt entscheidende Potenziale zur Erhöhung der Energieeffizienz. Wir streben daher einen ausgewogenen Mix zwischen energetischer Sanierung (Dämmung) und Heizungsmodernisierung an.	„Aktionsplan Sanierung“ auflegen, mit dem der Gebäudebestand des Freistaates in den nächsten 20 bis 25 Jahren auf einen ambitionierten energetischen Standard gebracht werden soll. Anstieg der jährlichen Sanierungsquote auf drei Prozent. Zuschussprogramm für die schnelle energetische Gebäudesanierung von Mietwohnungen. Energetische Sanierung von 30 Prozent des Mietwohnungsbestandes in den nächsten zehn Jahren.	Gemeinden ermuntern, die Klimaschutzelemente in der kommunalen Bauleitplanung konsequent anzuwenden	Auch im Bereich der energetischen Gebäudesanierung gibt es noch viel Potential.
Schaffung einer energiepolitischen Allianz für Sachsen	keine Erwähnung	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung	Keine Erwähnung	keine Erwähnung

4. Innovationskraft der sächsischen Wirtschaft stärken

<p>Innovationskraft der sächsischen Wirtschaft stärken</p>	<p>Förderung von zukunftsweisender Technik, Innovationsassistenten und Innovationsprämie beibehalten Schaffung einer sächsischen Innovationsplattform als Verbindung zwischen der Wissenschaft und Wirtschaft im Bereich der technologischen Innovation Konzentration auf neue Produkte und effiziente Produktionsverfahren</p>	<p>Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und unternehmensbezogener Technologieförderung im Wirtschaftsministerium. Steuerliche FuE-Förderung für mittelständische Unternehmen Innovationsoffensive mit technologieorientiertem Existenzgründerwettbewerb</p>	<p>Innovationen aus dem Handwerk fördern Fachhochschulen als regionale Innovationsmotoren stärken</p>	<p>Die Technologiepolitik wird auf sozial-ökologische Innovationen sowie auf effiziente und ressourcenschonende Produkte und Dienstleistungen ausgerichtet.</p>	<p>Innovationsinitiative „Zukunftsländ Sachsen“ starten. Besonderes Augenmerk richten wir auf die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Forschung. Einrichtung regionaler Kooperationsbörsen, Förderung von Technologiescouts. Vor allem eine innovative Mittelstandspolitik ist erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit des Freistaats langfristig zu erhalten. Innovationsförderung sollte vornehmlich den Aus- und Aufbau von betrieblichen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten unterstützen. Dem sächsischen Mittelstand muss der Zugang zu Eigenkapital und Innovations- und Technologieförderungsprogrammen erleichtert werden</p>
--	---	---	---	---	--

<p>Soziale Innovationen und innovative Dienstleistungen ausbauen</p>	<p>Keine Erwähnung</p>	<p>Keine Erwähnung</p>	<p>Technologielastigkeit vieler Förderprogramme und die grundsätzliche Vernachlässigung von Dienstleistungsinnovationen überwinden</p>	<p>Die Technologiepolitik wird auf sozial-ökologische Innovationen, Produkte und Dienstleistungen ausgerichtet</p>	<p>Die SPD wird sich für ein höheres Niveau der Innovationstätigkeit der Unternehmen stark machen und auch die Potentiale der Kreativwirtschaft nutzen</p>
<p>Zukunftskonzepte für die sächsischen Standorte mit den Betriebsräten entwickeln</p>	<p>Schaffung einer sächsischen Innovationsplattform „mit Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik“ [Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter werden in diesem Zusammenhang aber nicht erwähnt]. Wir stehen zu einem intensiven Dialog mit den Tarifpartnern. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch ihre Arbeit die Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt gesichert.</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte haben gerade in jüngster Vergangenheit gezeigt, dass sie mit innovativen Konzepten einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise leisten konnten. Durch gemeinsame Projekte sollen die Arbeitsbedingungen sowie die Innovationsfähigkeit der Unternehmen verbessert werden.</p>

5. Regionale Wertschöpfung verbessern

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Erhöhung der Exportquote nicht die einzige Leitlinie sächsischer Wirtschaftspolitik: Verbesserung der regionalen Wertschöpfung und Stärkung der Binnennachfrage.	Mittelstand und Handwerk unterstützen, damit sie sich in internationalen Märkten besser etablieren	Wir brauchen eine noch stärkere Internationalisierung sächsischer Unternehmen.	Stärkung und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe. Mittels Regionalbudgets die Eigenverantwortung der Regionen stärken.	Die bisherige Unterstützung von exportorientierten Leuchttürmen soll durch eine deutlich stärkere Orientierung auf binnenwirtschaftlich agierende sowie beschäftigungsintensive Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe ergänzt werden.	Einrichtung regionaler Kooperationsbörsen zwischen Forschung und Wirtschaft, von Regionalbudgets und Regionalfonds, um die Selbständigkeit und Eigenverantwortung in den Regionen zu stärken

6. Veränderung der sächsischen Betriebslandschaft

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Gezielte Hilfe für kleine und mittlere Betriebe, über kritische Wachstumsschwellen hinweg zu kommen	Gründungen und Wachstum von Unternehmen werden wir weiter fördern, durch kluge Innovationspolitik unterstützen Unternehmensübergaben fördern, durch Schulung und Finanzierung begleiten	Wir wollen für Unternehmer ein noch attraktiveres Umfeld schaffen – für Gründung, Investition und Expansion. Wirtschaftsförderung setzt dort an, wo sächsische Unternehmen Nachteile haben, z. B. aufgrund ihrer geringen Größe. Daher werden wir die Förderpolitik auf Innovation, Internationalisierung, Größenwachstum und Fachkräftesicherung konzentrieren	Unternehmenswachstum und Kooperationen besonders unterstützen, um den Anteil forschender Unternehmen in Sachsen zu erhöhen	Die kleinteilige Struktur der sächsischen Wirtschaft erweist sich als eine Barriere auf dem Weg zu einer selbsttragenden Entwicklung. Die Förderung von Zusammenschlüssen kleinerer Unternehmen ist anzustreben.	Die Bestandspflege von mittelständischen Unternehmen muss zukünftig intensiviert werden. Um die strukturellen Nachteile der heimischen Wirtschaft abzubauen, geeignete Größtenwachstumsstrategie für den sächsischen Mittelstand unterstützen. Eigentümerwechsel ist eine Chance, Unternehmen zu einer engeren Kooperation zu bewegen. Darum werden wir Anreizprogramme auflegen, um größere Wirtschaftseinheiten zu schaffen, z.B. durch die Einrichtung eines Fusionsfonds.

7. Für eine neue Ordnung der Arbeit

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beenden, gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das gilt für Frauen und Männer genauso wie für Leiharbeiter und Festangestellte	Keine Aussage	Wir Grünen wollen, dass die Leiharbeit wieder ein sozialverträgliches Instrument zum Abfedern von Auftragsspitzen wird. Hierzu setzen wir uns für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Tag im Betrieb ein. Quote der Leiharbeit in einem Unternehmen auf maximal 10 Prozent begrenzen Flexibilitätsbonus für LeiharbeiterInnen	Nur Unternehmen mit einem Anteil von weniger als 10 % Beschäftigten in Leiharbeitsverhältnissen an der Belegschaft können Investitionsförderungen im vollen Umfang erhalten. Bei einer Quote von mehr als 30 % entfällt die Förderung komplett.	Wir fordern die Gleichstellung von Leiharbeit und regulären Arbeitsverhältnissen. Der Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ muss endlich ohne Ausnahme durchgesetzt werden. Wir fordern die Mitbestimmung des Betriebsrates zum Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern.

Abkehr von der Niedriglohnpolitik	Die Lohn- und Gehaltsstrukturen sollen weiter verbessert werden Es ist Aufgabe der Tarifpartner, für attraktive Löhne entsprechend des wirtschaftlichen Erfolgs zu sorgen	Verhinderung von Lohndumping durch Bildung, attraktive Arbeitsplätze sowie Anwendung des Verbots der Sittenwidrigkeit. Hohe Löhne entstehen durch wirtschaftliche Stärke. Beschäftigungsfeindliche Mindestlöhne werden abgelehnt.	Um einem gravierenden Fachkräftemangel in Sachsen vorzubeugen, wollen wir die bisherige Niedriglohnpolitik der Staatsregierung beenden.	Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel Eine hohe tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch ein Mindestlohn (10 EUR), gehört zu den Voraussetzungen guter Arbeit	Ein Niedriglohnland Sachsen ist sozial ungerecht, fördert die Abwanderung und schwächt den Standort Sachsen. Unternehmermodelle auf der Basis des Niedriglohns lehnen wir entschieden ab.
-----------------------------------	--	---	---	---	---

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Mehr Personal für die Arbeitsschutzbehörden	Keine Angaben	Keine Angaben. Stattdessen: Verhinderung neuer bürokratischer und mittelstandsfeindlicher Regularien im Arbeitsschutz	Integriertes Handlungskonzept zur Verbesserung des gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsschutzes, der Arbeitssicherheit und Gesundheitsförderung, der Sozialberatung und des betrieblichen Gesundheitsmanagements	Um die Kontrolle der Sicherheitsstandards und die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen in den Unternehmen zu gewährleisten, sind die Arbeitsschutzbehörden personell zu stärken.	Die staatlichen und berufsgenossenschaftlichen Aufsichtsgremien müssen finanziell und personell so ausgestattet werden, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden können. Wir werden die Kürzungen in den staatlichen Arbeitsschutzbehörden zurücknehmen und zukünftig mehr Personal einsetzen.

<p>Zügige Umsetzung des Mindestlohns</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Beschäftigungsfeindliche Mindestlöhne werden abgelehnt.</p>	<p>Mindestlohn zügig und konsequent umsetzen, ohne Ausnahmen und ungerechtfertigte zeitliche Verzögerungen. Mit einem Landesmindestlohngesetz kann der Mindestlohn für die Beschäftigten des Freistaates und der Kommunen sowie für die Beschäftigten, die von Aufträgen der öffentlichen Hand leben, garantiert werden. Paritätisch besetzte Landesmindestlohnkommission um nähere Bestimmungen zur Höhe des Mindestlohns auszuhandeln</p>	<p>Eine hohe tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch ein Mindestlohn (10 EUR), gehören zu den Voraussetzungen guter Arbeit</p>	<p>Der gesetzliche, flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro wird, dank der Verhandlungen der SPD auf Bundesebene, auch in Sachsen kommen, obwohl er noch immer von der sächsischen CDU und FDP abgelehnt wird.</p>
--	----------------------	--	---	--	--

Bessere Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt	Für Mütter werden wir mehr Angebote zum beruflichen Wiedereinstieg nach der Babypause schaffen Wir setzen uns dafür ein, dass Ungerechtigkeiten in der Arbeitswelt, die geschlechtsbedingt sind, beseitigt werden Frauen sollen stärker in Führungspositionen vertreten werden	Wir wollen Frauen eine Wahlfreiheit auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen und ihre beruflichen Aufstiegschancen verbessern Die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote lehnen wir ab.	Wir wollen Rollenklischees aufbrechen und Jungen und Mädchen das ganze Spektrum an möglichen Berufen und Wissenschaften nahebringen Mehr Unterstützung von Frauen bei Existenzgründungen Wir wollen erreichen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen haben Frauenquote in Führungspositionen	Kürzere Erwerbsarbeitszeiten mit steuerfinanziertem Lohnausgleich gesicherte Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach Kindererziehungsjahren, garantierter Übergang zu voller Arbeitszeit nach familienbedingter Teilzeitarbeit.	Modernes Gleichstellungsgesetz Zum Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ gehört auch die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.
Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	Keine Erwähnung	Die Grünen setzten sich dafür ein, dass Männer und Frauen gleich bezahlt werden	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und eine gerechtere Entlohnung für frauenspezifische Berufe besonders im Pflege-, Erziehungs- und Dienstleistungsbereich sind unser Ziel	Der Grundsatz gleiches Geld für gleiche Arbeit muss für alle gelten. Die Lohndiskriminierung von Frauen muss endlich ein Ende haben. Deshalb fordern wir die Beseitigung der Entgeltdiskriminierung in allen Unternehmen durch ein Entgeltgleichheitsgesetz

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle	<p>Lebenslauforientierte Zeitpolitik, die Frauen und Männer dabei unterstützt, Beruf, Familie und ehrenamtliches Engagement miteinander zu vereinbaren</p> <p>Wer sich wegen Kindererziehung für eine Teilzeitbeschäftigung entschieden hat, soll wieder zur früheren Arbeitszeit zurückkehren können</p>	Der Freistaat soll neue Arbeitszeitlösungen insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen durch Informationsangebote unterstützen.	<p>Zwischen Arbeits- und Privatleben sollte ein ausgewogenes Verhältnis herrschen. Ziel ist es, über den gesamten Lebensweg hinweg für Familie, private Interessen oder gesellschaftliches Engagement ausreichend Spielraum zu schaffen.</p> <p>Unternehmen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen sollen besonders gefördert werden</p>	Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spürbar verbessern, kürzere Erwerbsarbeitszeiten mit steuerfinanziertem Lohnausgleich als gesellschaftlicher Standard für Eltern.	Familien brauchen zeitliche Flexibilität am Arbeitsplatz. Eine Möglichkeit sehen wir in einer sogenannten „Familienzeit“. Eltern sollen künftig ihre Arbeitszeit auf 32 Stunden pro Woche reduzieren können und in Kompensation eine Lohnersatzleistung erhalten.
Ausbau von Kinderbetreuungszeiten	Keine Aussage	Etablierung attraktiver Kinderbetreuungsangebote. Kindertageseinrichtungen sollen sich mit ihren Öffnungszeiten stärker an der konkreten Lebenssituation der Eltern orientieren. In einem ersten Schritt die Zahl der Kitas mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten verdreifachen.	Eltern brauchen ein bedarfsgerechtes Angebot an Kitaplätzen	Längere und flexiblere Öffnungszeiten für Kitas, die auch Eltern mit ungewöhnlichen Arbeitszeiten eine Betreuung ihrer Kinder ermöglichen.	Wir werden es gesetzlich verankern, dass Kitas ganztägig in Anspruch genommen werden können.

Einhaltung Jugendarbeitschutzgesetz kontrollieren	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine besondere Aussage, aber: Vorschläge für besseren Arbeitsschutz im Allgemeinen (siehe oben)	Keine besondere Aussage, aber: Vorschläge für besseren Arbeitsschutz im Allgemeinen (siehe oben)	Keine besondere Aussage, aber: Vorschläge für besseren Arbeitsschutz im Allgemeinen (siehe oben)
Einführung eines ganzheitlichen Gesundheitsmanagements in den Betrieben	Wir bekennen uns zur Unterstützung der Gesundheitsförderung und Prävention im Freistaat Sachsen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gesundheitszieleprozess fortführen. Offensives Gesundheitsmanagement, um die körperliche und seelische Leistungskraft zu erhalten	Sicherung der arbeitsmedizinischen Betreuung für Arbeitnehmer durch eine professionelle Arbeitsschutzverwaltung	Wir wollen Unternehmen dabei unterstützen, Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz zu ermöglichen Verpflichtende organisatorische Gesundheitsförderung in Krankenhäusern, Institutionalisierung des Themas Lehrer-gesundheit in der Schulaufsicht, Aufbau eines flächendeckenden sozialpsychologischen Dienstes in jeder Polizeidienststelle	Für uns ist gute Arbeit gekennzeichnet durch sichere und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen.	Wir wollen den sächsischen Gesundheitsziele- Prozess wiederbeleben. Wir brauchen eine Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung und Schaffung von Präventionsangeboten für große, mittelständige und kleine Unternehmen.

8. Fachkräfte

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Schaffung einer Fachkräfteallianz, um alle Akteure an einen Tisch zu bringen	Wir stehen zu einem intensiven Dialog mit Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie Arbeitnehmervertretungen	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage, aber: Erstellung eines Förderprogramms Fachkräftesicherung	Alle Beteiligten müssen gemeinsam in einer echten Fachkräfteallianz arbeiten. Entsprechende, bereits existierende Initiativen müssen genutzt und ausgebaut werden. Die SPD wird das Thema Fachkräfte in Regierungsverantwortung zur Chefsache machen
Bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen, um Fachkräfte in Sachsen zu halten und nach Sachsen zu holen	Die sächsische Union setzt sich für einen attraktiven Arbeitsmarkt mit Rahmenbedingungen ein, der Fachkräfte aus dem In- und Ausland anzieht	Verhinderung von Lohndumping durch attraktive Arbeitsplätze	Um einem gravierenden Fachkräftemangel in Sachsen vorzubeugen, wollen wir die bisherige Niedriglohnpolitik der Staatsregierung beenden und die Qualität von Arbeitsplätzen verbessern	Mit einem Förderprogramm Fachkräftesicherung KMU's bei der Entwicklung von Arbeits-, Lern- und Lebensbedingungen unterstützen, die geeignet sind, Fachkräfte im Freistaat zu halten.	Faire, sichere und gut bezahlte Arbeit muss zu einem Standortmarkenzeichen für den Freistaat Sachsen werden. Sachsen ist immer noch Niedriglohnland. Das führt zur Abwanderung von Fachkräften.

9. Zuwanderung ist nötig

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
<p>Der Stimmungsmache müssen konkrete Fakten zur Zuwanderung entgegengesetzt werden. Es muss regelmäßig über die Zuwanderung informiert werden und dabei sowohl der Mehrwert von Zuwanderung als auch die Probleme von Zuwanderern beim Zugang zum Arbeitsmarkt transparent gemacht werden</p>	<p>Keine direkte Aussage über die Notwendigkeit, der Stimmungsmache konkrete Fakten entgegenzusetzen, aber die CDU betont: Unsere Heimat braucht die klügsten Köpfe. Qualifizierte Zuwanderung aus Europa oder darüber hinaus unterstützt die positiven Standortbedingungen für Unternehmen in Sachsen.</p>	<p>Keine direkte Aussage über die Notwendigkeit, der Stimmungsmache konkrete Fakten entgegenzusetzen, aber die FDP betont: Wir wollen international um die besten Köpfe werben. Wer hier sein Lebensglück sucht und mit seiner eigenen Arbeit den Wohlstand des Landes mehr, ist uns herzlich willkommen. Reine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme lehnen wir ab.</p>	<p>Unser Einsatz für Weltoffenheit und für eine Willkommenskultur gegenüber MigrantInnen ist nicht wirtschaftlich motiviert, aber wirtschaftlich sinnvoll, weil wir auf die Zuwanderung von Menschen angewiesen sind. GRÜNE Migrationspolitik steht für den Abbau von politischer und gesellschaftlicher Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund.</p>	<p>Wir brauchen ein sächsisches Integrationskonzept, auch auf Kreis- und kommunaler Ebene, offene Formen der Diskussion, gemeinsam mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und örtlich Engagierten. Als geeignetes Mittel erweist sich dabei ein regelmäßiger „Sachsenmonitor“, um die Verankerung von antidemokratischen, menschenfeindlichen und NSverherrlichenden Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung zu erkennen.</p>	<p>Landkreise und kreisfreie Städte müssen von der Staatsregierung frühzeitig und umfassend über die ihnen zuzuteilenden Personen informiert werden. Verstärkte Kommunikation der Verwaltung mit der Zivilgesellschaft vor Ort. Die SPD wird einen ‚Sachsen-Monitor‘ zur Entwicklung politischer Einstellungen einführen. Damit wollen wir erreichen, dass es erstmals in Sachsen eine umfassende valide Datengrundlage gibt, auf deren Grundlage Demokratietarbeit noch zielgenauer gesteuert werden kann.</p>

Erweiterung der Imagekampagne des Freistaats Sachsen „So geht sächsisch“ um die Themen Vielfalt und Toleranz sowie die explizite Ablehnung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung	Keine Aussage	Keine direkte Aussage, stattdessen allgemeines Bekenntnis zu einem weltoffenen und toleranten, gegenüber Zuwanderern aufgeschlossenes Sachsen.	Keine direkte Aussage, stattdessen allgemeine Aussage zu Weltoffenheit gegenüber Migranten.	Die Linke setzt sich ein für die Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für ein tolerantes Sachsen.	Keine direkte Aussage, aber für eine deutliche Verbesserung der Willkommenskultur.
Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt verbessern durch einfachere Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen	Keine direkte Aussage, aber: Schaffung eines attraktiven Arbeitsmarktes	Erleichterte Anerkennung von beruflichen Qualifikationen vor allem von Nicht-EU-Ausländern. Abbau von Aufenthalts- und Beschäftigungshindernissen für ausländische Fachkräfte fortsetzen.	Wir brauchen schnellere, transparentere und bundesweit vereinheitlichte Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse	Keine Aussage	Die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse und Qualifikationen muss weiter beschleunigt werden.
Integration und Beratung für Zuwanderer verbessern, Integrations Sprachkurse bereitstellen	Keine direkte Aussage, aber: Mit der kulturellen, gesellschaftlichen und rechtlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir die Internationalität und Attraktivität des Freistaats Sachsen als Arbeits- und Lebensort verbessern.	Mehrsprachige Informationsangebote für Jugendliche und Fachkräfte aus der EU und außereuropäischen Ländern für die Ausbildung und Berufstätigkeit in Sachsen ausbauen („WelcomeCenter“ im Internet).	Der Erwerb der deutschen Sprache muss für alle ermöglicht werden.	Für eine wirkliche Integration muss es allen ermöglicht werden, an Sprachkursen von Beginn an teilzunehmen.	Wir wollen daher dafür sorgen, dass alle Migrantinnen und Migranten den Anspruch auf einen kostenlosen Sprachkurs bekommen.

Interkulturelle Öffnung der Verwaltungen	keine Aussage	Wir setzen auf eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen Behörden, dem Sächsischen Ausländerbeauftragten/Integrationsbeauftragten.	Mehr Fachpersonal mit Migrationshintergrund in öffentlichen Einrichtungen, öffentlichem Dienst, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und des Gesundheitswesens	Mehrsprachigkeit anerkennen und fördern – bei Migrantinnen und Migranten einerseits, bei Ämtern und Behörden andererseits	Mehr interkulturelle Kompetenz sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und den sächsischen Behörden.
Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Fremdgefährdung stärken und finanziell fördern	Für eine wehrhafte Demokratie. Dazu gehört auch das Engagement von politischen Vereinen, Kirchen und Feuerwehr. Wir halten am Programm „Weltoffenes Sachsen“ fest Das Volumen von drei Millionen Euro werden wir beibehalten.	Wir wollen keine Projekte, die sich in erster Linie mit sich selbst beschäftigen. Wir unterstützen Projekte, die breite gesellschaftliche Kreise in Sachsen ansprechen. beispielsweise Jugendfeuerwehren, Kirchen oder Sportvereine. Der Kampf gegen „Rechts“ darf keine staatlich geförderte politische Vorfeldarbeit bestimmter politischer Gruppen werden.	Es bedarf einer konsequenten Förderung demokratischer Alltagskultur. Finanzielle Aufstockung des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ auf fünf Millionen Euro jährlich.	Stärkung und Förderung von zivilgesellschaftlichen Gruppen, welche aktive Antirassismuserbeit leisten. Dauerhafte Fortführung des Projekts „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ sowie Aufstockung der Mittel:	Programme für Demokratie und gegen Menschfeindlichkeit müssen breiter und unbürokratischer gefördert werden. Wir wollen das Programm (Weltoffenes Sachsen – WOS) aufstocken, so dass zukünftig 5 Millionen Euro pro Doppelhaushalt dafür zur Verfügung stehen. Außerdem soll ein Feuerwehrtopf für schnelle und unbürokratische Hilfe und Unterstützung in Höhe von mindestens 25.000 Euro eingerichtet werden.

10. Bildung und Wissenschaft

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss halbieren	Die Quote der Schüler ohne Abschluss wollen wir senken	Den Anteil von Schülern ohne Hauptschulabschluss wollen wir im ersten Schritt auf unter 5% senken und damit nahezu halbieren.	Wir müssen die Schulabbrecherquote in Sachsen deutlich senken Ausbau der Schulsozialarbeit trägt dazu bei, Schulabbrüche zu vermeiden	Sachsen ist Negativrekordhalter bei den Schulabbrecherzahlen. Das ist überwindbar. Inklusive Bildung für alle.	Schulsozialarbeit muss fester Bestandteil des schulischen Systems werden. Sie fördert ein positives Lernklima für alle Kinder. 10% der Schülerinnen und Schüler scheitern jedes Jahr am Schulsystem. „Kein Kind zurücklassen“ – das ist unser Credo.

<p>Personalschlüssel verbessern</p> <p>1:4 in Krippen, 1:10 in den Kitas, 1: 16 in den Horten</p>	<p>Wir setzen uns für eine bessere Personalausstattung in den sächsischen Kindertagesstätten ein</p>	<p>Für die Qualität der Kindertageseinrichtungen ist nicht allein die Zahl der Erzieher entscheidend.</p>	<p>Zur weiteren Verbesserung der Qualität brauchen die Kitas mehr qualifiziertes Personal, insbesondere in Ortsteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen Die Grünen wollen langfristig den Betreuungsschlüssel auf 1:10 im Kindergarten und 1:4 in der Krippe verbessern. In einem ersten Schritt wollen wir 90 Millionen Euro zur Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:12 und 1:5 zur Verfügung stellen.</p>	<p>Wir brauchen dringend eine Verbesserung der Fachkraft- Kind Relation. Die Linke fordert mittelfristig eine Absenkung des Betreuungsschlüssels auf 1:4 in der Krippe, 1:10 im Kindergarten und 1:17 im Hort.</p>	<p>Wir streben die schrittweise Senkung des Betreuungsschlüssels in den Krippen auf 1:4, im Kindergarten auf 1:10 und im Hort auf 1:16 an.</p>
---	--	---	---	--	--

Langfristiges Lehrerpersonalkonzept	Wir streben eine Vergleichbarkeit der Lehrerversorgung mit westdeutschen Flächenländern an; dazu wollen wir den Lehrplan so anpassen, dass die Schüler-Lehrer-Relation an den öffentlichen Schulen im Jahre 2020 dem Niveau der westdeutschen Flächenländer entspricht, zuzüglich eines Qualitätszuschlages von fünf Prozent.	Wir werden neue Lehrer an unsere Schulen bringen. Die über Jahrzehnte kurzsichtige Personalpolitik bei Lehrern hat zu starken Problemen bei der Absicherung des Unterrichts geführt. Wir haben konsequent umgesteuert.	Wir wollen die notwendige Zahl hervorragender Lehrkräfte ermöglichen	Die Kapazitäten in der sächsischen LehrerInnenbildung entsprechen nicht dem künftigen Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern.	Wir werden die Zahl der Lehrerstellen an die steigenden Schülerzahlen anpassen
Mehr Lehrerstellen im nächsten Doppelhaushalt	Einstellung von perspektivisch 1.000 Lehrern in jedem Schuljahr Bereitstellung von rund 2.000 Ausbildungsplätzen für Referendare an Sachsens Schulen	Wir benötigen einen flexiblen Einstellungskorridor mit jährlich zwischen 200 und 400 neuen Lehrern.	Wir wollen die notwendige Zahl hervorragender Lehrkräfte ermöglichen	Die Kapazitäten in der sächsischen LehrerInnenbildung entsprechen nicht dem künftigen Bedarf.	Bis 2016/17 werden wir jährlich 500 Stellen mehr besetzen, als der Ersatz für den Altersabgang erforderlich macht.

<p>Verbesserung der Berufsbildung</p>	<p>Akademische und berufliche Bildung sind für uns gleichermaßen wertvoll. Bei regionaler Spezialisierung flächendeckende Versorgung mit Berufsschulzentren sichern</p>	<p>Wir setzen uns für eine deutlich verbesserte Berufs- und Studienorientierung ein.</p>	<p>Angesichts des längst wirkenden Fachkräftemangels ist es nicht hinnehmbar, dass die Zahl der Ausbildungsabbrüche weiterhin hoch ist. Wir wollen die duale Ausbildung stärken und die Berufsorientierung verbessern</p> <p>Einführung von berufsorientierten Produktionsschulen und Modularisierung der Ausbildung.</p>	<p>Zeitlich begrenzte Berufspraktika, Erweiterung des praktischen Unterrichts, Förderung der beruflichen Erstausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit auch über das 25. Lebensjahr hinaus</p>	<p>Sachsen braucht eine neue Gesamtstrategie zur Steigerung der Qualität der Ausbildung, um die viel zu hohe Abbruchquote von rund 18,4 Prozent deutlich zu senken.</p> <p>Verbesserung des Übergangmanagements Schule-Ausbildung-Beruf.</p>
<p>Zentrale Schulnetzplanung, damit ein flächendeckendes Netz an Berufsschulzentren erhalten wird</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Berufliche Schulzentren sind ein wichtiger und weiter zu stärkender Partner bei allen Aktivitäten und Maßnahmen der Berufsorientierung. Weiterentwicklung von Beruflichen Schulen zu regionalen Kompetenzzentren. Engere Abstimmung der Angebote</p>	<p>Intelligente Vernetzungen können unabhängig von Schülerzahlen flächendeckende Lehre ermöglichen. Wir wollen, dass sich die Schulträger einer Region auf regionale Schulnetzplanung verständigen</p>	<p>Vor allem im ländlichen Raum muss der Bestand an staatlichen Berufsschulzentren bedarfsgerecht erhalten werden.</p>	<p>Wir wollen keine weitere Ausdünnung des Schulnetzes. Im Bereich der Berufsbildenden Schulen bedarf es dringend einer landesweit koordinierten Schulnetzplanung mit den Schulträgern und den Partnern der dualen Ausbildung unter</p>

		zwischen Schulen in Ballungszentren und im ländlichen Raum.			Verantwortung des Kultusministeriums
Erhöhung der Grundmittel für die Universitäten	Wir sichern den Hochschulen weiter eine gute finanzielle Ausstattung	Spätestens zum Ende des bundesweiten Hochschulpaktes wollen wir die Grundfinanzierung der Hochschullehre länderübergreifend neu organisieren und auf das Prinzip „Geld folgt Studierenden“ umstellen. Sachsen wird die Grundfinanzierung in strategisch wichtigen Themenfeldern aufstocken	Wir wollen die Ausgaben für die laufenden Grundmittel für Lehre und Forschung um mindestens 50 Millionen Euro erhöhen um schnellstmöglich den bundesdeutschen Durchschnitt zu erreichen und bis 2020 zu den Spitzenländern Bayern und Baden-Württemberg aufschließen.	Wir wollen Mittel in großem Umfang zugunsten von Hochschulen und Studentenwerken umverteilen. Wir wollen die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen.	Um Innovation sowie Qualität in Forschung und Lehre zu befördern, soll die Grundfinanzierung der Hochschulen angehoben werden.

<p>Jetzigen Stellenumfang an den Universitäten beibehalten</p>	<p>Wir sichern den Hochschulen weiter eine gute personelle Ausstattung</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Die Grünen wenden sich gegen die Stellenkürzungen an den Hochschulen</p>	<p>Für die Linke sind Mittelkürzungen und Stellenabbau der schlechteste aller möglichen Wege, um zu Profilbildung und Schwerpunktsetzungen zu gelangen. Stattdessen wollen wir durch mehrjährige Hochschulrahmenverträge langfristige Planungssicherheit schaffen.</p>	<p>Der bis 2020 eingeleitete Abbau in Höhe von 1.042 Stellen soll zurückgenommen werden. Darüber hinaus wollen wir für verlässliche Aufwüchse bei Personal- und Sachkosten sorgen.</p>
--	--	----------------------	---	--	--

11. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Rechtsanspruch auf bezahlte Weiterbildungsfreistellung von 5 Tagen	Erwachsenenbildung spielt eine wichtige Rolle. Wir werden dynamisch und flexibel den Erfordernissen der Erwachsenenbildung Rechnung tragen.	Keine Angabe. Stattdessen: Sächsischen Weiterbildungschek zur Leitmarke des lebenslangen Lernens in Sachsen ausbauen.	Die Grünen wollen in einem Bildungsfreistellungsgesetz den Anspruch auf bezahlte Freistellung für Weiterbildung gesetzlich verankern.	Wir fordern ein Bildungsurlaubsgesetz für Sachsen. u.a. mit der Möglichkeit von fünf bezahlten Arbeitstagen pro Jahr.	Sachsen braucht ein Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz mit einem verbindlichen Anspruch auf mindestens fünf bezahlte Weiterbildungstage im Jahr

<p>Weiterbildung und Arbeitslosigkeit</p>	<p>Es muss durch Weiterbildung besser gelingen, Langzeitarbeitslose, arbeitslose Jugendliche ohne Abschluss und Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt zu integrieren.</p>	<p>Maßgeschneiderte Bildungsangebote für Geringqualifizierte schlagen Brücken in den ersten Arbeitsmarkt. Wer eine unzureichende oder nicht nachgefragte Qualifikation besitzt, soll eine echte zweite Chance für Qualifikation und beruflichen Wiedereinstieg erhalten.</p>	<p>Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose müssen verbessert werden. Eine flächendeckende Weiterbildungsberatung für Arbeitslose und geringqualifizierte Beschäftigte sollte im Rahmen der Sozialgesetzgebung ermöglicht werden. Für Menschen, die keine Chance auf Vermittlung haben, brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt, der langfristig neue Perspektiven durch sinnstiftende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schafft.</p>	<p>Landesarbeitsmarktprogramm. Ein erster Schwerpunkt dieses Programms liegt in der beruflichen Weiterbildung. Es wird in Sachsen ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit sozialversicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen für Menschen aufgebaut, die aufgrund von Nachfrage- und/oder Angebotsproblemen nicht in Beschäftigung vermittelt werden können.</p>	<p>Neuaufgabe des Kommunal-Kombis als Sozialer Arbeitsmarkt im Freistaat Sachsen. Wir wollen Langzeitarbeitslose nicht mehr länger auf das Abstellgleis abschieben, sondern müssen ihnen ein langfristiges und sinnstiftendes Angebot unterbreiten, um am Arbeitsmarkt teilzuhaben.</p>
---	---	--	--	--	---

12. Demografischer Wandel

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze in den sächsischen Unternehmen	In Zukunft muss es besser gelingen, ältere Arbeitnehmer länger im Unternehmen zu halten. Wir sprechen uns deutlich für altersgerechte Arbeitsplätze und Stellenprofile in den Unternehmen aus.	Angesichts des demografischen Wandels wollen wir alle Arbeitskräftepotenziale heben. Das gilt besonders für ältere Arbeitnehmer. Die öffentliche Verwaltung muss Vorbild sein, wenn es darum geht, die Potenziale des Alters zu nutzen.	Wir wollen Unternehmen dabei unterstützen, altersgerechte Arbeitsorganisation und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz zu ermöglichen	Keine Aussage	Faire Arbeit ist inklusiv und gestattet jedem Menschen die Teilhabe am Arbeits- und Erwerbsleben
Bekämpfung der Altersarmut durch bessere Löhne und Renten, insbesondere für Geringverdiener	Wir setzen uns für eine sichere und auskömmliche Rente ein	Keine Aussage	Keine direkte Aussage, aber: Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit	Bekämpfung der Altersarmut muss Schwerpunkt werden.	Wir wollen, dass in Sachsen alle Menschen gerne alt werden. Der wichtigste Schritt dazu ist die Eindämmung der Altersarmut. Wir werden über den Bundesrat Initiativen anstoßen, die uns bei der Armutsbekämpfung auf Bundesebene unterstützen.

13. Demokratie und Transparenz

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen vereinfachen	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Tarifverträge sind der Standard der Bezahlung	Wir müssen der Tariffucht entgegentreten. Gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften werden wir eine Vereinbarung abschließen, in der wir für Tarifverträge als Grundlage für die Regelung der Arbeitsbeziehungen in der sozialen Marktwirtschaft werben.

<p>Zivilgesellschaft stärken und fördern</p>	<p>Die Bekämpfung von Extremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Volumen von 3 Millionen Euro für das Programm „Weltoffenes Sachsen“ wird beibehalten</p>	<p>Schaffung eines sächsischen „Ehrenamtstages“. Mehr Bürgerbeteiligung</p>	<p>Land und Kommunen sollen die Betroffenen rechtzeitig zu echter Mitwirkung in Entscheidungsprozessen einladen</p> <p>Schulen stärker als bisher für zivilgesellschaftliche Initiativen öffnen.</p> <p>Wir schätzen Fanarbeit als zivilgesellschaftliches Engagement, das rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungen zurückdrängt und somit einen großen Dienst an unserer Demokratie darstellt.</p> <p>Es bedarf einer konsequenten Förderung demokratischer</p>	<p>Mehr an direkter Demokratie auf allen Entscheidungsebenen</p> <p>Ausbau der kommunalen Demokratie durch bürgerschaftliches Engagement</p> <p>Deutliche Absenkung der Hürden für direktdemokratische Verfahren</p>	<p>Das Ehrenamt ist der soziale Kitt unserer Gesellschaft Programme für Demokratie und gegen Rechtsextremismus breiter und unbürokratischer fördern</p> <p>Wir wollen das Programm „Weltoffenes Sachsen“ aufstocken. Künftig sollen 5 Millionen Euro pro Doppelhaushalt dafür zur Verfügung stehen</p>
--	--	---	--	--	--

			Alltagskultur. Sie ist der beste Schutz gegen die Ausbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit		
--	--	--	--	--	--

Seniorenmitwirkungsgesetz	In jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt sollen Gremien der Seniorenmitwirkung bestehen	Keine Aussage	Keine Aussage	Um bessere Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ältere Menschen aktiv an Entscheidungsprozessen teilnehmen, soll ein SeniorInnenmitwirkungsgesetz verabschiedet werden. Auf allen Ebenen sollen SeniorInnenvertretungen gebildet werden	Wir werden die Möglichkeit der Seniorenmitwirkung deutlich stärken und werden die rechtlichen Grundlagen so legen, dass Mitbestimmung in der Gesellschaft ganz konkret erfahrbar ist. Seniorenvertretungen in den Kommunen und Landkreisen so stärken, dass ihre Anliegen gehört werden können.
---------------------------	--	---------------	---------------	--	---

<p>Auskömmliche Finanzierung der Jugendarbeit</p>	<p>Die Jugend und Jugendverbandsarbeit werden wir über-jährig verlässlich fördern Die Jugendpauschale soll erhalten bleiben und die unterschiedlichen Entwicklungen in den Landesteilen berücksichtigen</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Sehr verheerend waren 2010 die vielen drastischen Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe um rund ein Drittel. Verlässliche Jugendhilfeplanung auf kommunaler, Landkreis- und Landesebene</p>	<p>Die Infrastruktur für Familien. Kinder und Jugendliche muss ausgebaut und Kürzungen müssen zurückgenommen werden. Das setzt auch eine bessere finanzielle Ausstattung von Kreisen und Kommunen voraus, die für die Infrastruktur im Wesentlichen verantwortlich sind Erhöhung der Jugendpauschale auf 15 Euro.</p>	<p>Wir werden die 2010 vorgenommenen Kürzungen rückgängig machen, um eine bedürfnisgerechte Kinder- und Jugendhilfe abzusichern. Letztendlich streben wir die</p>
---	---	----------------------	---	---	---

<p>Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Städten, Gemeinden und Regionen fördern</p>	<p>Die sächsische Union wird die Arbeit gegen jede Form von Extremismus konsequent weiter fortsetzen</p>	<p>Wir stellen uns klar gegen extreme politische Ansichten und menschenverachtende Ideologien. Das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ leistet einen wichtigen Beitrag. Der Kampf gegen „Rechts“ darf keine staatlich geförderte Vorfelddarstellung bestimmter politischer Gruppen werden.</p>	<p>Die Grünen fordern die finanzielle Aufstockung des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen“ auf fünf Millionen Euro jährlich.</p>	<p>Einführung eines Staatsziels, welches Land und Gesellschaft verpflichtet, den die Demokratie im Kern bedrohenden rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Aktivitäten engagiert und offen entgegenzutreten. Fort- und Weiterbildungsangebote zur präventiven Arbeit gegen die extreme Rechte in den Bereichen Jugend- und Sozialarbeit verstärken.</p> <p>Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für ein tolerantes Sachsen.</p>	<p>Die sächsische SPD möchte eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft in Sachsen. Dazu gehört für uns ganz klar auch der entschiedene Kampf gegen Rechtsextremismus. Programme für Demokratie und gegen Rechtsextremismus müssen breiter und unbürokratischer gefördert werden.</p>
--	--	---	---	--	---

14. Sozialer Dialog

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
<p>Verbindliche Absprachen mit den Gewerkschaften über die Modernisierung unseres Landes</p>	<p>Wir stehen zu einem intensiven Dialog mit den Tarifpartnern</p>	<p>Wir setzen auf die enge Sozialpartnerschaft in den Betrieben vor Ort. Unternehmer und Belegschaften sitzen in einem Boot.</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage, auch wenn die Notwendigkeit der „Demokratisierung der Wirtschaft“ an einer Stelle erwähnt wird</p>	<p>Die soziale Marktwirtschaft funktioniert nur mit einer starken Sozialpartnerschaft. Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände. Wir werden ein neues Miteinander zwischen Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften etablieren. Kommunikation, frühzeitiges Einbeziehen und die Achtung des Sachverständes eines jeden werden dabei das Leitmotiv unseres Handelns sein.</p>

15. Moderner öffentlicher Dienst

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Nachhaltige Personalplanung, Personalabbau stoppen, Einstellungskorridore schaffen	Die Staatsmodernisierung muss fortgesetzt werden.	Staatsmodernisierung fortführen hat höchste Priorität. Anzahl der Verwaltungsmitarbeiter weiter an den Durchschnitt vergleichbarer Flächenländer in Westdeutschland anpassen.	Wir wollen die laufenden Maßnahmen der Staatsmodernisierung stoppen und auf den Prüfstand stellen. Sachsens Verwaltung muss einer fundierten Analyse bezüglich ihrer Aufgaben und der dafür notwendigen Ausstattung unterzogen werden. Wir brauchen ein Personal-konzept mit verbindlichen Neueinstellungskorridoren als zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung.	Mit dem von der derzeitigen Koalition praktizierten Umbau der Verwaltung muss Schluss sein. Modernisierungsprozess in der öffentlichen Verwaltung auf der Grundlage objektiver Kriterien, die sich immer zuerst an den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an eine moderne Verwaltung orientieren sollen.	Wir werden die 2011 beschlossene Behördenstruktur-reform (Standortgesetz) einer kritischen Revision unterziehen. Im Rahmen der Haushalts-spielräume müssen wir die Stellenabbauziele korrigieren. Deshalb ist eine Personal-entwicklungskonzeption erforderlich. Die SPD tritt für Personal-planung und Einstellungskorridore ein.

<p>Tragfähige Modelle für öffentliche Dienstleistungen in den Landkreisen</p>	<p>Digitaler Zugriff auf Dienstleistungen der sächsischen Verwaltung</p>	<p>Internet in allen Teilen der Verwaltung für alle Bürger nutzbar machen.</p>	<p>Lokale Gemeinwesenzentren einrichten. Dabei können die bereits vorhandenen Strukturen von gut erreichbaren Stadtteilzentren, Gesundheitszentren usw. weiterentwickelt werden. Wir lehnen den Abbau von Verwaltungsstrukturen im ländlichen Raum ab. Ideen wie die Abwicklung von Verwaltungsgeschäften über das Internet sind begrüßenswerte Ansätze, aber keine Alternative zu gut erreichbaren Behörden vor Ort.</p>	<p>Bei allen Umstrukturierungsmaßnahmen stehen die Bürger mit ihren Bedürfnissen an Verwaltungsdienstleistungen im Vordergrund.</p>	<p>Wir wollen eine Vernetzung von Regionen, Landkreisen, Städten und Gemeinden erreichen, da neue organisatorische Lösungen, z.B. für die Schulversorgung, nur über räumliche, fachliche, sowie administrative Grenzen hinaus möglich sind.</p>
---	--	--	---	---	---

Demografie-Tarifverträge mit den Gewerkschaften des ÖD abschließen	Keine Aussage	Keine Aussage	Faire Altersteilzeitmodelle sind zur Gestaltung des Generationenwechsels in den Schulen notwendig	Den in den nächsten Jahren anstehenden altersbedingten Personalumbau kann man nur mit einer seriösen und verlässlichen Personalplanung sowie mit einem dazu mit Gewerkschaften und Interessenvertretungen rechtzeitig zu schließenden Demografietarifvertrag bewältigen.	Ein moderner öffentlicher Dienst braucht motivierte Beschäftigte. Dem ist durch eine verantwortungsbewusste Personalplanung mit Hilfe von Demografiekonzepten und Demografietarifverträgen Rechnung zu tragen.
Arbeitsbedingungen im ÖD verbessern	Wir wollen, dass die Verwaltung des Freistaats Sachsen ein attraktiver Arbeitgeber ist.	Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die eigenverantwortliches Arbeiten ermöglichen.	Wir wollen die Attraktivität der sächsischen Verwaltung durch bessere Mitbestimmungsmöglichkeiten und eine stärkere Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen.	Die Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse im Öffentlichen Dienst müssen qualitativ so verbessert werden, dass von diesen eine Vorbildfunktion zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten in der privaten Wirtschaft ausgeht.	Künftig setzen wir uns für ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Dienstherrn und Bediensteten ein.

<p>Mehr Polizeipräsenz zur Verbesserung der Sicherheit</p>	<p>Einstellungskorridor von mindestens 300 Polizisten jährlich</p> <p>Sachausstattung soll dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Wir erhalten eine starke Polizeipräsenz im Grenzgebiet und werden jeweils einen Einsatzzug in der Grenznähe stationieren</p>	<p>Polizeireform 2020 überprüfen und bestehende Defizite korrigieren.</p> <p>Sichtbarkeit und Einsatzfähigkeit der Polizei in der Fläche erhöhen.</p> <p>Einstellungskorridor für junge Polizisten auf jährlich 400 erhöhen.</p>	<p>Der gegenwärtig stattfindende Personalabbau bei der Polizei führt zu weniger BürgerInnennähe.</p> <p>Ein lediglich an der Bevölkerungsentwicklung orientierter linearer Stellenabbau ist nicht sinnvoll, vielmehr brauchen wir Einstellungen junger Menschen in den Polizeidienst</p>	<p>Der Einstellungskorridor muss sofort auf mindestens 500 pro Jahr erhöht werden, um die Alterspyramide der sächsischen Polizei positiv zu verändern.</p> <p>In jeder Gemeinde mit mindestens 5000 Einwohnerinnen und Einwohnern soll eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten werden.</p>	<p>Eine Sicherheitspolitik, bei der die Stellenausstattung allein von haushaltspolitischen Sparvorgaben diktiert wird, anstatt sich am tatsächlichen Bedarf zu orientieren, lehnen wir ab. Der von CDU und FDP im Jahr 2010 beschlossene zusätzliche Abbau von 800 Stellen im Polizeibereich muss rückgängig gemacht werden.</p>
<p>Streichung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) aufheben</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Keine Aussage</p>	<p>Jahressonderzahlung wieder einführen.</p>	<p>Wir setzen uns dafür ein, die Sonderzahlung durch entsprechende Anhebung der Grundbesoldung wieder einzuführen</p>

16. Handlungsfähiger Staat

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Übersichtlicher Haushaltsplan, Einnahmen und Ausgaben, der Zweck des Ausgaben müssen klar erkennbar sein	Keine Aussage	Keine Aussage	Wir fordern eine jährliche Haushaltsaufstellung Damit das Parlament und die Ministerien, aber auch die Öffentlichkeit einen Haushaltsplan besser beurteilen können, ist dieser um eine Kosten- und Leistungsrechnung zu ergänzen. So kann klarer bestimmt werden, welche Wirkungen mit welchen Ausgaben erzielt werde sollen Mehr Bürgerbeteiligung bei der Haushaltsaufstellung	Keine Aussage	Budgetrecht des Parlamentes stärken

Verdeckte Schulden abbauen	Keine Aussage	Zum Substanzerhalt ist es notwendig, dass wir auch weiterhin für eine hohe Investitionsquote im Landeshaushalt sorgen.	Unterfinanzierung in Haushaltsbereichen wie Bildung schrittweise beenden Investitionsstau an Schulen in Höhe von 2 Milliarden Euro bis 2020 zu einem Großteil aufholen	Für viele unserer Ziele ist ausreichend Geld vorhanden. Alles ist eine Frage der Prioritätensetzung.	Wir werden in den kommenden zehn Jahren zusätzlich 2.75 Milliarden Euro in die Bildungspolitik investieren. Es ist möglich, Schulden abzubauen und trotzdem gleichzeitig in die Zukunft des Freistaates zu investieren.
Staatseinnahmen erhöhen	Keine Aussage, aber: solide Finanzen heißt: Maß halten.	Schlanker Staat konzentriert sich auf seine Kernaufgaben.	Wir wollen konsequent gegen Steuerhinterziehung und Steuerstraftaten vorgehen.	Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung. Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Sozialgerechte Anpassung der Erbschaftssteuer. Millionärssteuer und internationale Einführung einer Transaktionssteuer.	Damit der Staat handlungsfähig bleibt, muss Konsolidierung [des Haushalts] beides umfassen: Einnahmen verbessern und Ausgaben im Griff halten. Steuerbetrug bekämpfen.
Neuregelung Länderfinanzausgleich vorbereiten, Gewerkschaften in die Diskussion einbeziehen	Wir werden uns für eine Standardbremse einsetzen, die zu einer Disziplinierung auch auf Bundesebene führen muss	Wir stehen für mehr Finanzautonomie in Bund, Ländern und Gemeinden.	Wir wollen, dass Sachsen bei der Gestaltung des Länderfinanzausgleichs in den kommenden Jahren gut verhandelt.	Keine Aussage	Um Planungssicherheit ab 2020 zu haben, muss mit den Verhandlungen für einen neuen Bund-Länder-

					Finanzausgleich in der kommenden Legislatur begonnen werden
Sächsischer Verfassung bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2015/2016 berücksichtigen, sozial ausgeglichenen Haushalt vorlegen	Keine Aussage	Keine Aussage	Wir wollen, dass mehr in Bildungsgerechtigkeit, Chancengleichheit, in Barrierefreiheit und zur Gleichstellung von Frauen und Männern investiert wird.	Alles ist eine Frage der Prioritätensetzung, durch kluge Umverteilung kann das Land sozialer und gerechter gestaltet werden.	Ausgeglichene Haushalte sind keine Rechtfertigung für unsoziale Politik

17. Handlungsfähige Kommunen

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
<p>Auskömmliche Finanzierung und Planungssicherheit für Städte, Gemeinden und Landkreise</p>	<p>Wir werden die Kommunen entsprechend dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz fair und gleichmäßig an den Staatseinnahmen beteiligen</p> <p>Wir wollen eine höhere Konstanz bei der Finanzausstattung der Landkreise erreichen. Hierfür werden wir in der kommenden Legislaturperiode Vorschläge unterbreiten, die sich im Rahmen des bewährten Verteilungssystems halten.</p>	<p>Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken. Größere finanzielle Unabhängigkeit der Kommunen im Rahmen der gesamtdeutschen Finanzverfassung.</p>	<p>Der Freistaat und seine Kommunen sitzen finanzpolitisch in einem Boot.</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Freistaat aus dieser fairen Partnerschaft nicht herausmogelt, indem er außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs de facto kürzt (Beispiel: Kita- Finanzierung)</p>	<p>Wir werden durch eine deutlich höhere kommunale Investitionspauschale die Handlungsspielräume vor Ort verbreitern.</p> <p>Finanzschwache Kommunen müssen vom Eigenanteil bei Kofinanzierungen für Investitionen befreit werden. Bessere finanzielle Ausstattung von Kreisen und Kommunen zum Ausbau der Infrastruktur für Familien, Kinder, Jugendliche</p> <p>Umfassende Steuer- und Gemeindereform, aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen</p>	<p>Wir werden die Kommunen bei der Sanierung von Schulen mit staatlichen Mitteln unterstützen.</p> <p>Die sächsische SPD wird sich für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen stark machen.</p> <p>Das in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip wird unter unserer Verantwortung endlich Beachtung finden.</p> <p>Wir stehen für den Erhalt und die Sicherung der Gewerbesteuer</p>

18. Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
<p>Einbindung des sächsischen Schienenverkehrs in die europäischen Korridore</p>	<p>Die Zeit bis 2019 für den Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur nutzen. Die sächsischen Verkehrsnetze wollen wir besser mit den transeuropäischen Netzen verbinden. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen an das europäische Schnellbahn- und Güterverkehrsnetz angebunden wird.</p>	<p>Weiterverfolgung Großprojekt „Neubaustrecke Dresden-Prag“. Verbesserung der Schienenverbindung nach Breslau und Krakau</p>	<p>Wiederanbindung Südwestsachsens an den Fernverkehr</p>	<p>Südwestsachsen an das Fernbahnnetz anschließen.</p>	<p>Wir wollen die Verkehrsanbindungen nach Tschechien und Polen weiter stärken. Der Ausbau der Verbindung Dresden-Berlin muss endlich fertiggestellt werden, der südwestsächsische Raum mit Chemnitz wieder an den Fernverkehr angeschlossen werden, auch die Anbindung nach Bayern über die Sachsen-Franken- Magistrale muss sichergestellt werden.</p>

<p>Breit gefächertes Angebot an öffentlichem Personennahverkehr und Schienenpersonenverkehr</p>	<p>Der ländliche Raum muss an die Ballungsräume so angebunden werden, dass attraktive Schnittstellen den Übergang von einem Verkehrsträger zum anderen möglich machen</p> <p>Der ÖPNV in Sachsen wird mit dem Ziel der wirksamen Anbindung des ländlichen Raums an die Ballungszentren weiter entwickelt</p>	<p>Wir wollen einen modernen, innovativen, zuverlässigen und umweltfreundlichen ÖPNV. Ein besonderes Schmuckstück des ÖPNV in Sachsen sind die Schmalspurbahnen.</p>	<p>Die Kürzungen der schwarzen Koalition beim öffentlichen Verkehr wollen wir zurücknehmen</p> <p>Wir wollen einen landesweiten integralen Taktfahrplan „Sachsentak 21“ realisieren. Kern sind mindestens im Stundentakt verkehrende Züge.</p> <p>Kundenfreundliche ÖPNV-Anbindungen in den städtischen Verdichtungsgebieten und im ländlichen Raum.</p>	<p>Integrierten Taktverkehr Sachsen anbieten, so dass an Knotenbahnhöfen immer Anschlussverbindungen bestehen</p> <p>Weitere Mittelzentren und die Großstadt Chemnitz an das mitteldeutsche S-Bahn-Netz anschließen.</p>	<p>Im ländlichen Raum beobachten wir den Trend zum weiteren Abbau von Bus- und Bahnverbindungen. Diesen Trend wollen wir umkehren.</p> <p>Wir bekennen uns zu einem starken ÖPNV in Sachsen und werden entsprechende Finanzzusagen machen sowie die Planungssicherheit bei Investitionen in Infrastruktur</p>
---	--	--	--	--	---

19. Nachhaltige Entwicklung ganz Sachsens

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Bessere Verkehrsanbindung der Landkreise	Der ÖPNV in Sachsen wird mit dem Ziel der wirksamen Anbindung des ländlichen Raums an die Ballungszentren weiter entwickelt.	Moderne Fahrzeugflotten leisten gerade im ländlichen Raum einen wertvollen Beitrag für optimale Lebensbedingungen	siehe oben, Sachsentakt 21	siehe oben	siehe oben
Flächendeckende ambulante und stationäre ärztliche und fachärztliche Versorgung	Studienbeihilfe des Freistaates Sachsen für Medizinstudenten, die sich nach ihrem Studium in einem unterversorgten Gebiet niederlassen.	Wir wollen mit der ärztlichen Selbstverwaltung und den Krankenkassen alle Möglichkeiten nutzen, um Haus- und Fachärzte auch für unsere ländlichen Regionen zu gewinnen. Erfolgreiche Anreizsysteme fortsetzen, beispielsweise bei baulichen Investitionen. Stärkere Nutzung telemedizinischer Möglichkeiten.	Krankentransporte und Rettungsdienst so organisieren, dass Niveauunterschiede in einzelnen Regionen ausgeschlossen werden.	Vor allem in unterversorgten ländlichen Räumen können mobile Arztpraxen Wege für die Patientinnen und Patienten verkürzen. Ein gefördertes Gemeindefacharztprogramm kann Ärzte entlasten	Wir bemessen die Lebensqualität auch daran, dass jede ärztliche Versorgung schnell und einfach erreichbar ist. Die medizinische Versorgung darf nicht nur in Ballungsräumen sichergestellt sein. Unser Anspruch ist es, regionale Versorgungslandschaften zu schaffen, die qualitativ hochwertige medizinische Versorgung durch eine wirkliche Verzahnung von ambulanten und stationären Angeboten gewährleisten.

Für alle erreichbares Angebot öffentlicher Dienstleistungen	Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen nach Lösungen suchen, wie sie Erleichterungen durch den Abbau von nicht notwendigen Standards erfahren können. Nutzung des digitalen Fortschritts.	Internet in allen Teilen der Verwaltung für alle Bürger nutzbar machen.	Es muss eine gesetzliche Fest-schreibung der Angebote von Verwaltungsdienstleistungen vor Ort geben. E-Government-Strategie weiter entwickeln.	Flächendeckende Internetver-fügbarekeit sicherstellen. Bür-gernetze ausbauen. Verwal-tung muss wohnortnah sein.	Kommunen unterstützen, Vernetzung von Regionen, Landkreisen, Städten und Ge-meinden, Verwaltungsmoder-nisierung durch e-government.
Funktionierendes Breitbandnetz in ganz Sachsen	Der Breitbandausbau wird vo-rangetrieben Sachsen soll bis 2018 flächen-deckend mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen von mindestens 50 Mbit/s aus-ge-stattet werden 160 Millionen EUR Fördermittel werden in den Ausbau von Hochgeschwin-digkeitsbreitband investiert	Bis 2020 im Freistaat einen flächendeckenden Zugang zu drahtlosem oder leitungsge-bundenem Breitband-Internet mit einer Zugangsrate von 50 Mbit/s ermöglichen. Ausbau der Breitbandversorgung über den Wettbewerb privater Un-ternehmen.	Wir sehen den Ausbau der di-gitalen Infrastruktur als eine Schlüsselaufgabe zur Entwick-lung des Freistaates an und wollen eine Breitbandoffen-sive anschieben.	Breitbandanschlüsse sind im-mer mehr eine Vorausset-zung für die gesellschaftliche Teilhabe und Standortfaktor für Unternehmen. Wir setzen uns daher für eine flächende-ckende Internetverfügbarkeit als Bestandteil der öffentli-chen Daseinsvorsorge ein.	Flächendeckende Breitband-versorgung mit leistungsfähi-gen Netzen

20. Dreiländereck Sachsen, Polen, Tschechien gemeinsam gestalten

DGB	CDU	FDP	Grüne	Linke	SPD
Entwicklung gemeinsamen strukturpolitischen Strategie für den Grenzraum mit dem Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung	Nur punktuelle Zusammenarbeit erwähnt, z.B.: Grenzüberschreitende touristische Kooperation	Bei der Regionalplanung, insbesondere im Infrastrukturbereich, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu verbessern	Allgemeine Aussage: grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken, z.B. zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur,	Grenzüberschreitende Kooperation muss einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Stärkung regionaler Vernetzung in Wirtschaft, Verkehr, Kultur und Sozialpolitik. und regionale Vernetzung. An bisher trennenden Staatsgrenzen müssen Regionen mit Scharnierfunktionen entstehen.	Grenzüberschreitende Kooperation in den Bereichen: Berufsausbildung, transparenter Arbeitsmarkt, Verkehrsverbindungen, Hochwasservorsorge
Einrichtung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses aus Vertretern von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern im Dreiländereck zur Beratung grenzüberschreitender Herausforderungen	Keine Aussage.	Keine Aussage	Keine direkte Aussage, aber: stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft	Entwicklung der Regional- und Strukturpolitik unter Einbezug regionaler und lokaler Akteure	Unter Einbeziehung der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften einen grenzübergreifenden Wirtschafts- und Sozialrat schaffen.

Herstellung von Transparenz auf den Arbeitsmärkten im Dreiländereck, flächendeckende mehrsprachige Information mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Keine Aussage	Wir wollen mehrsprachige Informationsangebote für Jugendliche und Fachkräfte aus der EU und außereuropäischen Ländern für die Ausbildung und Berufstätigkeit in Sachsen ausbauen („Welcome“ Center im Internet)	Keine Aussage	Keine Aussage	Für das Zusammenwachsen der Grenzregion ist ein transparenter Arbeitsmarkt zu Polen und Tschechien nötig
Arbeitnehmermobilität zu fairen Bedingungen: gestalten: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“, gute Arbeit	Keine Aussage	Keine Aussage	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	Wir setzen uns für faire und sichere Arbeitsbedingungen auch für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Grenzregion ein.
Informations- und Beratungsangeboten für Entsandte im Rahmen der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie (Einheitlicher Ansprechpartner)	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage
Ausbau von Kontrollen zum Schutz aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Zusammenarbeit der Kontrollbehörden	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage	Keine Aussage

